

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2717 –**

**Einwilligung des Bundesministers der Finanzen in eine überplanmäßige Ausgabe
bei Kapitel 06 40 Titel 896 21 – Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen
für die deutschen Minderheiten – bis zur Höhe von 28,5 Millionen DM –**

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag auf Drucksache 13/2233 vom 1. September 1995 davon unterrichtet, daß das Bundesministerium der Finanzen mit Schreiben vom 25. August auf Antrag des Bundesministeriums des Innern seine Einwilligung erteilt hat, bei den „Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für deutsche Minderheiten“ überplanmäßig bis zu 28,5 Mio. DM bereitzustellen.

Als Begründung für seine Einwilligung in diese überplanmäßige Ausgabe wurde vom Bundesministerium der Finanzen lediglich mitgeteilt, daß diese „Mehrausgabe (...) zur Verstetigung des Zuzugs von Aussiedlern nach Deutschland unabweisbar (war).“

Der Haushaltsausschuß hat diese überplanmäßige Ausgabe am 28. September 1995 zur Kenntnis genommen (Drucksache 13/2485).

Mit fast wortgleicher Begründung hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag am 15. November 1994 auf Drucksache 13/22 davon unterrichtet, daß das Bundesministerium der Finanzen mit Schreiben vom 8. November 1994 auf Antrag des Bundesministeriums des Innern seine Einwilligung erteilt hatte, im Bundeshaushalt 1994 bei den „Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für deutsche Minderheiten“ überplanmäßig bis zu 28,5 Mio. DM bereitzustellen.

Bereits im Haushaltsjahr 1993 war das Haushaltssoll um mehr als 21 Mio. DM (+ 22 %) überschritten worden. 1994 wurde bei einem Haushaltsansatz von 92 Mio. DM eine überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 28,5 Mio. DM (+ 31 %) bewilligt und im Haushaltsjahr 1995 bei einem Haushaltsansatz von 85 Mio. DM ebenfalls eine überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 28,5 Mio. DM (+ 33,5 %). Innerhalb von drei Jahren hat das Bundesministerium der Finanzen bei Kapitel 06 40 Titel 896 21 überplanmäßige Ausgaben bis zu einer Höhe von 78 Mio. DM genehmigt.

1. Wodurch ist dieser zusätzliche Mittelbedarf 1995 entstanden?

Der seit dem Jahr 1993 bestehende erhebliche Zuziedlungsdruck von Deutschen aus Mittelasien, vor allem aus Kasachstan, in die

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 4. November 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Deutschen Nationalen Rayons in Westsibirien und an die Wolga nahm im Laufe des Haushaltsjahres 1995 in einem Ausmaß zu, das bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1995 nicht vorhersehbar war. Vor allem zeichnete sich ab, daß die aus Mittelasien zusiedelnden Deutschen, die in den Förderschwerpunkten der Bundesregierung (insbesondere in den Nationalen Rayons Asowo und Halbstadt) nicht aufgenommen werden konnten, in benachbarte Ortschaften auswichen. Wegen der notwendigen Konzentration der knappen Fördermittel auf die in der gemischten deutsch-russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Rußlanddeutschen vereinbarten regionalen Schwerpunkte konnten diese Ortschaften jedoch allenfalls geringfügig gefördert werden.

Es galt zu vermeiden, daß Deutsche aus Mittelasien, die weder in den Förderschwerpunkten noch in den benachbarten Gebieten Aufnahme finden konnten, sich gezwungen sahen, in die Bundesrepublik Deutschland auszusiedeln. Daher mußte die Aufnahmefähigkeit der kompakten Siedlungsgebiete über die bestehenden Schwerpunkte hinaus erweitert werden, der Zuzugsdruck sollte auf eine größere Fläche verteilt werden. Insbesondere war substantielle Hilfe zu leisten bei der Bereitstellung von Wohnraum, der Schaffung von Arbeitsplätzen, Unterstützung von Existenzgründungen, Verbesserung der Versorgungslage sowie der sozialen Infrastruktur im Hinblick auf die Zuzügler. Dabei konnte und sollte keine erhebliche Ausweitung der bestehenden Förderschwerpunkte erreicht werden; vielmehr wurde angestrebt, bestimmte Instrumente der Förderung einem größeren Personenkreis zugute kommen zu lassen.

2. Wann und mit welcher Begründung hat das Bundesministerium des Innern 1995 diese überplanmäßige Ausgabe beantragt?

Der förmliche Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe wurde am 8. August 1995 beim Bundesminister der Finanzen gestellt, nachdem feststand, daß die in der Titelgruppe 01 bei Kapitel 06 40 veranschlagten Mittel trotz sparsamster Haushaltsführung bei den übrigen Projekten und trotz geänderter Prioritätensetzung nicht ausreichen würden.

Die Begründung ergibt sich aus der Antwort zu Frage 1. Ergänzend wird auf folgendes hingewiesen:

Schon im Rahmen der 6. deutsch-russischen Regierungskommission vom 15. bis 17. Mai 1995 hoben Vertreter der russischen Seite eindringlich hervor, daß die im Jahre 1994 begonnenen Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum für Zuzügler aus Mittelasien auch in den benachbarten Gebieten zu einem unerwartet hohen Zuzugsdruck geführt hätten. Teilnehmer des II. Kongresses der Deutschen in Kasachstan (24./25. Juni 1995) schätzten, daß nunmehr mindestens 20 % der ausreisewilligen Deutschen in die Russische Föderation übersiedeln wollten.

3. Wie ist sichergestellt, daß diese zusätzlichen Mittel zweckentsprechend verwendet werden?

Durch Einsatz erfahrener Mittlerorganisationen – Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – wird die zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel sichergestellt, vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der weiteren Abgeordneten der PDS, Frage 3, vom 4. Januar 1995, Drucksache 13/163.

4. Welche Institution/welcher Verband wurde wann und von wem beauftragt, die veranschlagten sowie diese zusätzlichen Haushaltsmittel zu bewirtschaften?

Die überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel werden ebenso wie die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel vom Bundesministerium des Innern bewirtschaftet.

Zur Durchführung der Projekte zugunsten der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas einschließlich der GUS, die aus den im Haushalt 1995 planmäßig etatisierten Mitteln finanziert werden, werden vom Bundesministerium des Innern insgesamt rd. 100 Mittlerorganisationen/Zuwendungsempfänger eingesetzt, denen die Mittel verteilt über das gesamte Haushaltsjahr bewilligt werden.

Mit der Durchführung des Sonderprogramms im Rahmen der überplanmäßigen Mittel wurde nach Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen am 4. September 1995 die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beauftragt.

5. Welche planerischen, verwaltungsbezogenen, gemeinschaftsfördernden, sozialen, medizinischen und wirtschafts- sowie landwirtschaftsbezogenen Maßnahmen wurden bzw. werden durch die im Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1995 etatisierten Gelder in Höhe von nunmehr insgesamt 113,5 Mio. DM gefördert?

Außer dem genannten Betrag (einschließlich der überplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel) stehen bei Kapitel 06 40 Titel 684 21 weitere Haushaltsmittel für konsumtive Maßnahmen zugunsten der Hilfsprogramme zur Verfügung. Aufgrund eines einseitigen Deckungsvermerks bei diesem Titel können Minderausgaben zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 06 40 Titel 896 21 genutzt werden. Bisher sind bereits rund 7,9 Mio. DM umgeschichtet worden, so daß derzeit beim genannten Titel insgesamt rund 121 Mio. DM verfügbar sind.

In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion werden aus diesem Titel Projekte in folgenden Bereichen gefördert:

Planung, Verwaltung	4,9 Mio. DM
Gemeinschaftsfördernde Projekte	5,3 Mio. DM
sozial-humanitärer Sektor	0,8 Mio. DM
Medizin	0,5 Mio. DM
Wirtschaft	14,2 Mio. DM
Landwirtschaft	14,3 Mio. DM
Wohnraumbeschaffung	54,1 Mio. DM
Sonstige Projekte	4,1 Mio. DM
Gesamt	98,2 Mio. DM

Für die anderen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten ergibt sich folgende Verteilung der Mittel aus Titel 896 21:

Gemeinschaftsfördernde Projekte	4,4 Mio. DM
sozial-humanitärer Sektor	1,2 Mio. DM
Medizin	2,4 Mio. DM
Wirtschaft	5,0 Mio. DM
Landwirtschaft	3,8 Mio. DM
Infrastrukturmaßnahmen	5,3 Mio. DM
Sonstige Projekte	0,7 Mio. DM
Gesamt	22,8 Mio. DM

Die genauen Beträge stehen erst nach Abschluß des Haushaltsjahres fest.

6. In welcher Höhe wurden bzw. werden aus diesen Haushaltsmitteln Darlehen ausgereicht?

1995 wurden bisher 67 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von rund 1 157 000 DM ausgereicht (die Gesamtzahl für 1995 wird erst nach Abschluß des Haushaltsjahres vorliegen).

7. Wofür wurden die überplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 1993 und 1994 eingesetzt?

Im Haushaltsjahr 1993 gab es bei Kapitel 06 40 Titel 896 21 keine überplanmäßige Ausgabe, vielmehr erhöhte sich der Ansatz durch einseitige Deckung aus Kapitel 06 40 Titel 684 21.

Für das Haushaltsjahr 1994 wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der weiteren Abgeordneten der PDS vom 4. Januar 1995, Drucksache 13/163 verwiesen.

8. Welchen Einfluß hatten diese Mehrausgaben auf die „Verstetigung“ des Zuzugs von Aussiedlern nach Deutschland?

Der Zuzug von Spätaussiedlern betrug in den letzten Jahren ca. 220 000 Personen pro Jahr. Er liegt damit in den vom Bundesver-

triebenengesetz gezogenen Grenzen. Neben dem bewährten Aufnahmeverfahren hat hierzu das Vertrauen beigetragen, das die Deutschen in den Herkunftsgebieten in eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren jetzigen Siedlungsgebieten bzw. in den Gebieten, in die sie aus Mittelasien in die Russische Föderation zusiedeln, setzen. Bemerkenswert ist insbesondere, daß ca. 90 000 Personen bereits seit längerer Zeit einen Aufnahmebescheid für Deutschland besitzen, ihn aber bisher nicht zur Ausreise genutzt haben, weil sie offensichtlich zunächst die weitere Entwicklung in ihren jetzigen Siedlungsgebieten abwarten. Auch die Zahl derjenigen, die sich für eine Übersiedlung aus Mittelasien in die Förderschwerpunkte in der Russischen Föderation interessieren (nach Angaben der Landräte der Deutschen Nationalen Rayons ca. 100 000) zeigt, daß die Hilfsmaßnahmen greifen.

Auch wenn ein gewisser Teil der genannten beiden Gruppen letztlich doch nach Deutschland aussiedelt, wird durch die mit Hilfe der Mehrausgaben ermöglichten Maßnahmen die Auffangfunktion der Förderschwerpunkte in Westsibirien und an der Wolga gestärkt und damit zugleich zur Verstärkung des Aussiedlerzuzugs nach Deutschland beigetragen.

Die Zahl der Deutschen, die durch die Fördermaßnahmen zum Verbleib in ihren alten oder neuen Siedlungsgebieten veranlaßt werden, weil ihnen damit eine echte Alternative zur Aussiedlung vermittelt wird, kann statistisch nicht erfaßt werden.

